

Bolivien: Aufstieg und Erosion eines Hegemonieprojekts

Jost, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jost, S. (2012). *Bolivien: Aufstieg und Erosion eines Hegemonieprojekts*. (GIGA Focus Lateinamerika, 3). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Lateinamerika-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-288764>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Bolivien: Aufstieg und Erosion eines Hegemonieprojekts

Stefan Jost

Bolivians Präsident Evo Morales gerät zunehmend zwischen die Fronten. Dies zeigt sich beispielhaft am geplanten Bau einer Straße durch das „Indigene Territorium Nationalpark Isiboro Sécuré“ (TIPNIS). Das Projekt hat unter indigenen Gruppen ebenso vehemente Befürworter wie strikte Gegner. Den Konflikt entschärfen soll ein Konsultationsverfahren, für welches das Parlament am 10. Februar 2012 den Weg geebnet hat.

Analyse

Die im Jahr 2009 errungene Zweidrittelmehrheit der in Bolivien seit dem Jahr 2005 regierenden „Bewegung zum Sozialismus“ (MAS, *Movimiento al Socialismo*) hat sich nicht als konfliktlösend, sondern eher als krisenverursachend erwiesen. Bolivien erlebt seit dem Jahr 2011 die höchste Krisendichte seit über 40 Jahren. Morales zweite Regierungsperiode ist bislang durch Politikstau, zunehmende innere Verwerfungen und steigende Konfliktivität gekennzeichnet.

- Die Regierung Morales verfügt über keine der *agenda de octubre* der ersten Amtsperiode (2005-2009) vergleichbare kohäsionierende und mobilisierende Agenda mehr.
- Zentrale Diskurselemente der MAS sind in ihrer Glaubwürdigkeit nachhaltig beschädigt. Die zuletzt entstandenen Verwerfungen um den „Mutterkonflikt TIPNIS“ werden für die MAS negative Langzeitkonsequenzen zeitigen und ihre Bündnisfähigkeit beeinträchtigen.
- Die Hegemoniepolitik der MAS hat zu einer Ausdifferenzierung des oppositionellen Spektrums, einer Diskussion über die Demokratiequalität und zu einer neuen Konfliktlinie „pluralistische Demokratie vs. politisch-autoritäres Hegemonieprojekt“ geführt.
- Der historisch begründete symbolisch-messianische Gehalt des Neugründungsversprechens ist an das Ende seiner kohäsionierend-mobilisierenden Kraft gekommen. Morales und die MAS werden sich historisch nicht als erste Regierung eines neuen Bolivien, sondern als letzte Regierung einer sich noch Jahre hinziehenden Transitionsphase erweisen.
- Bolivien benötigt einen neuen integrativen, nicht exkludierenden und pluralistischen Gesellschaftsvertrag.

Schlagwörter: Lateinamerika, Bolivien, Regierung Morales, Demokratie, Verfassung

Durch Krise zum Sieg

Bolivien hatte nach den Militärdiktaturen das auf einem politischen und wirtschaftlichen Grundkonsens und einer allseitigen Koalitionsbereitschaft der Parteien beruhende Modell der „paktierten Demokratie“ entwickelt, das ab dem Jahr 1985 gleichermaßen stabile wie wechselnde Regierungsmehrheiten ermöglichte. Mit den politischen und sozioökonomischen Reformen (Kapitalisierung defizitärer Staatsunternehmen, Gesetz zur Volksbeteiligung, Erziehungs- und Landreform, Wahlrechtsänderung) der ersten Regierung Sánchez de Lozada (1993-1997) avancierte Bolivien zum international beachteten „Traumland der Reformen“ (Zuber 1996). Zum Sprengsatz geriet dann aber die nachfolgende Regierung des ehemaligen Diktators Banzer (1997-2002). Korruption, ein stagnierender Reformkurs und präsidentielle Führungsschwäche wurden zum Katalysator einer zunehmenden Krise insbesondere der traditionellen politischen Parteien. Die MAS, eine im Jahr 1997 gegründete, linksgerichtete Sammelbewegung, wurde bei den Wahlen im Jahr 2002 zum Nutznießer dieser Entwicklung und avancierte mit Evo Morales zur zweitstärksten politischen Kraft. Präsident wurde erneut Sánchez de Lozada. Danach trat Bolivien in eine Konfliktspirale ein, die zur Flucht von Sánchez de Lozada (2003), dem Rücktritt seines Nachfolgers (2005) und einer auf die Durchführung vorgezogener Neuwahlen fokussierten Übergangspräsidentschaft führte.

Die erste MAS-Regierung (2005-2009)

Der MAS war es seit dem Jahr 2002 zunehmend gelungen, spezifisch indigene Themen mit einer Vielzahl anderer Forderungen in eine grundsätzliche Opposition gegenüber dem politischen System umzuwandeln. Die politische Unzufriedenheit umfasste nicht nur unterprivilegierte und indigene Bevölkerungsgruppen, sondern auch die urbane Mittelschicht. Die Forderung nach einer „Neugründung des Landes“ – keine originäre Idee der MAS, sondern bereits Jahre zuvor von indigenen Gruppierungen formuliert – wurde zum mobilisierenden Leitthema der Bewegung.

Das politische Erdbeben der vorgezogenen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2005, bei denen Evo Morales bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit (54 Prozent) erringen konnte (Jost 2006a),

war der Auftakt zu einer in diesem Ausmaß unbekanntem Polarisierung. Die MAS fühlte sich trotz ihrer absoluten Mehrheit „an der Regierung, aber nicht an der Macht“. Sie setzte deshalb in der Folge auf „eine Politik der Konfrontation und des Konflikts als Strategie eines Wechsels in den Machtbeziehungen und des Aufbaus einer neopopulistischen Version einer Hegemoniepolitik“ (Mirtenbaum 2009: 219). Bolivien geriet an den Rand der Unregierbarkeit.

Mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung und den regionalen Autonomiebestrebungen der neun Departments entstanden zwei interdependente Konfrontationsachsen. Instrument zur Einlösung des Heilsversprechens der MAS, 500 Jahre (interne) Kolonialisierung zu beenden, war die Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung (AC, *Asamblea Constituyente*) im Jahr 2006. Der Verfassungsprozess geriet mit seiner schlechten Vorbereitung und chaotischen Durchführung zu einem der denkwürdigsten lateinamerikanischen Verfassungsprojekte der vergangenen Jahrzehnte. Hinzu kam, dass die Ablehnung der Autonomieforderungen durch die Regierung die Autonomiebewegung vor allem in den prosperierenden Tieflanddepartments stärkte. Angesichts der schwachen Oppositionsparteien entwickelten sich die Autonomiekräfte zur eigentlichen Speerspitze der Opposition.

Der Versuch der Regierung, die Verfassung allein nach ihren Vorstellungen zu formulieren, führte am Ende zu gewaltsamen, teils bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in verschiedenen Regionen des Landes. Im Gegenzug erwies sich der Versuch der Opposition, Präsident Morales mittels eines Abberufungsreferendums aus dem Amt zu entfernen, zumindest aber den Verfassungsprozess zu stoppen, als strategische Fehlkalkulation, die lediglich das strategische Patt zwischen Regierung und Opposition verfestigte. Nach zwei Jahren erbitterter Auseinandersetzungen bestand der Ausweg darin, in politisch nicht legitimierten Parallelstrukturen zur AC Kompromisslösungen zu erarbeiten und – verfassungswidrig – das unzuständige Parlament über die neue Verfassung entscheiden zu lassen.

Vom Streit um die neue Verfassung unbenommen vermochte es die MAS zwischen den Jahren 2005 und 2009 beeindruckende Wahl- und Abstimmungserfolge zu erzielen. Sie wurden im Wesentlichen durch folgende Faktoren ermöglicht:

- Eine im MAS-Lager unbestrittene charismatisch-messianische Führungsfigur (Morales) als entscheidender Kohäsionsfaktor der MAS und seiner zahlreichen Verbündeten;
 - eine sehr heterogene Interessen kohäsionierende Agenda (*agenda de octubre*) mit historisch hohem Symbolwert und einer signifikanten Mobilisierungskapazität;
 - eine immens hohe Polarisierung mit einer klaren ideologischen Frontenbildung zwischen Regierung und einer als Oligarchie gebrandmarkten Opposition;
 - eine zersplitterte Opposition ohne klare Agenda.
- Bereits frühzeitig wurde auf demokratiegefährdende, aber auch die Nachhaltigkeit des MAS-Projekts in Frage stellende Entwicklungen hingewiesen. Zentrale Aspekte waren neben der regierungsamtlich verfolgten Deinstitutionalisierung (Jost 2006b: 233) und Informalisierung des politischen Systems (Maihold 2006: 98) die übersteigerte Erwartungshaltung der MAS-Wähler und der drohende Verlust des Rückhalts vor allem der Mittelschichten bei einer anhaltenden Radikalisierung der Auseinandersetzung (Jost 2006a: 12ff.). Gewarnt wurde vor einer zunehmenden Tabuisierung und Kriminalisierung von Kritik, die als „Verrat an der Neugründung“ stigmatisiert wurde und einem monistischen, zur Feindkonzeption führenden Volksverständnis (Lazarte 2010: 29). Problematisiert wurde die staatliche Machtkonzentration in den Händen der MAS (Lazarte 2008: 156f.), die Konfliktorientierung von Evo Morales und die Rolle der traditionellen Linken in der MAS (Escobar 2008: 298ff.), sowie die Überfrachtung der Verfassung durch unerfüllbare Versprechungen und die Grenzen der symbolisch-populistischen Politik (Jost 2006c: 145, 2008: 4f.). Auch wurde die These vertreten, dass eine Ausdifferenzierung der Konflikt- und Polarisierungsstrukturen in Bolivien erfolgen werde und die „weitgehend überdeckten internen Sollbruchstellen des MAS aufbrechen und sich die politischen Fronten für Morales vervielfachen“ werden (Jost 2009: 121). Die Entwicklungen in der zweiten Regierungsperiode der MAS zeigen den Realitätsgehalt dieser Prophezeiungen.

Zenit der Macht und Beginn des Erosionsprozesses

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2009, bei denen Amtsinhaber Morales 64 Pro-

zent der Stimmen und die MAS eine Zweidrittelmehrheit erzielte, schufen die Grundlage für eine weitgehend ungestörte Machtausübung. Seither zeigt sich jedoch, dass die MAS mit diesem Ergebnis auf dem Zenit ihrer Macht stand; ihre Machtposition sieht sich einer beschleunigten Erosion ausgesetzt.

Einen ersten strategischen Langzeitfehler beging die MAS im April 2010 – in Erwartung eines sicher geglaubten Sieges bei den Kommunal- und Regionalwahlen: Sie kündigte die Koalition mit der gerade auch im Hochland erfolgreichen MSM (*Movimiento sin Miedo*) auf. Die MAS gewann zwar in sechs der neun Departments und konnte ihre Position auf dem Lande ausbauen, verlor jedoch in sieben der zehn größten Städte, die rund 46 Prozent des Wählerpotenzials stellen, darunter in La Paz und in MAS-Hochburgen wie Potosí oder Oruro.

Kurz vor Jahresende 2010 erfolgte dann der *gasolinazo*: Die Regierung hatte die Treibstoffpreise drastisch erhöht. Diese werden mit jährlich rund 900 Millionen USD subventioniert und führen en passant zu einem regen Treibstoffschmuggel. Hiergegen formierte sich massiver Widerstand, getragen vor allem von der sozialen Basis der MAS. Die Regierung sah sich zur Rücknahme des *gasolinazo* gezwungen und legte die künftige Entscheidung über die Höhe der Benzinpreise in die Hände der sozialen Bewegungen. Dies bedeutete die erste schwere Niederlage für die Regierung Morales, die von ihrer eigenen Basis in die Knie gezwungen worden war, und damit demonstrierte, dass sie trotz einer Zweidrittelmehrheit im Parlament und einer breiten kommunalpolitischen Basis nicht in der Lage war, eine sachlich gebotene Entscheidung durchzusetzen.

Begleitet wurde die zunehmende Entfremdung von der Wählerbasis von einer kritischen Bestandsaufnahme des *proceso de cambio* durch die eigenen Reihen: Ein Manifest (Semanao Aquí 2011), unterzeichnet vor allem von Mitgliedern der linksorientierten Gruppe *Comuna*, der bis dahin auch Vizepräsident Linera angehört hatte, forderte im Jahr 2011 eine „Neuorientierung des Prozesses“. Die Kritik am Regierungskurs greift aber zunehmend auch auf andere Sektoren der Regierung und des MAS-Umfeldes über. Stellvertretend hierfür stehen die jüngsten Konflikte um TIPNIS und die Justizwahlen.

Mutterkonflikt TIPNIS

Zur politischen Katastrophe für die Regierung Morales geriet die monatelange, erbitterte Auseinandersetzung um TIPNIS (*Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboro Sécure*). Ursprung des Konflikts ist ein in diesem Territorium geplantes Straßenbauprojekt, durch das die *Indígenas* ihren Lebensraum gefährdet sehen. Die Regierung weigerte sich, die verfassungsrechtlich vorgeschriebene *consulta previa* durchzuführen und Morales sagte, das Projekt werde „so oder so“ durchgeführt.

Indigene Protestmärsche sind in Bolivien keine Seltenheit. Die von Morales und seiner Regierung gegenüber dem Marsch der TIPNIS-*Indígenas* demonstrierte Mischung aus Ablehnung, Indifferenz, Zynismus und Gewalt hatte sich jedoch keine der demokratischen Vorgängerregierungen erlaubt. Der Versuch der Regierung, den Marsch mit brachialer Polizeigewalt zu unterbinden, führte zur Eskalation. Ein bis dahin nahezu lokales Ereignis wurde zum nationalen Thema – mit einer ungeahnten Solidarisierungswirkung zugunsten der *Indígenas* und deren triumphalem Einzug in La Paz. Tatsächlich hat Bolivien noch nie in seiner Geschichte eine derartige Solidarisierung zugunsten seiner indigenen Mitbürger wie im Falle TIPNIS erlebt. Die Regierung musste nachgeben, verfügte im Oktober 2011 zur vordergründigen Beruhigung den Stopp des Projektes, um dann im Februar 2012 ein Gesetz durchzupeitschen, das diesen Stopp wieder aufhebt und nun doch die Durchführung einer *consulta previa* vorsieht. Dieses verfassungsrechtlich und politisch absurde Vorgehen der Regierung hat die Auseinandersetzungen wieder aufleben lassen. Ein neuer Marsch der *Indígenas* auf La Paz steht bevor. Davon unbenommen können die aktuellen und langfristigen Konsequenzen dieses Konflikts wie folgt zusammengefasst werden:

- Das Demokratie- und Verfassungsverständnis der Regierung Morales wurde als instrumentalistisch entlarvt; die Glaubwürdigkeit ihres indigenen und ökologischen Diskurses ist nachhaltig beschädigt.
- Die nicht zuletzt auf indigene Gruppierungen gestützte Machtbasis der MAS ist brüchig, die Bündnisfähigkeit der MAS schwächer geworden.
- Aktiv von der Regierung betrieben ist TIPNIS zum Spaltpilz der indigenen Bewegungen geworden. Die Intransigenz von Morales hierbei

wird auf den Druck der *cocaleros*, deren Gewerkschaftspräsident er nach wie vor ist, und die dringend neue Anbauflächen brauchen, zurückgeführt. Die Tragweite der unter Anleihe bei der Nationalhymne getroffenen Aussage einer TIPNIS-Vertreterin („Lieber sterben als Sklaven der *cocaleros* sein“) wurde bis dato nur von wenigen wahrgenommen. Hier entsteht eine neue, innergesellschaftliche Konfliktlinie mit einem Gewaltpotenzial, das die aktuelle Regierung friedlich aufzulösen kaum in der Lage sein dürfte.

TIPNIS droht sich zum Mutterkonflikt für die Zukunft der Regierung Morales zu entwickeln. Mehr noch ist durch TIPNIS zweierlei deutlich geworden: Es gibt in Bolivien keinen mehrheitsfähigen Konsens über das anzustrebende Entwicklungsmodell – weder in der Gesellschaft noch innerhalb der Regierung. Und: Entgegen der mit der „Neugründung Boliviens“ verbundenen Hoffnungen stellt die neue Verfassung aus dem Jahr 2009 ein grundlegendes Hindernis zur Ausbildung eines solchen Konsenses dar.

Justizwahlen zwischen Legalität und Illegitimität

Ende Oktober 2011 wurde in Bolivien erstmals die Zusammensetzung der drei höchsten Gerichte und des obersten Verwaltungsorgans der Justiz durch allgemeine Volkswahlen bestimmt. Diese Neuerung war begleitet von der großen Erwartung, die Justiz dadurch transparenter und effizienter zu gestalten. Der Zielkonflikt mit der erkennbaren Absicht der Regierung, die Justiz der Exekutive zu unterwerfen, war vorprogrammiert. Da der Kongress mit Zweidrittelmehrheit die Kandidaten nominiert, hatte die MAS das entsprechende Instrument hierzu in der Hand. Die Kritik der Opposition führte zu einer Politisierung der Wahlen. Staatspräsident Morales, öffentlich sekundiert durch den Präsidenten des zur Neutralität verpflichteten Obersten Wahlgerichtshofs, spitzte die Wahlen zu einem Plebiszit über seinen Regierungskurs zu.

Am Wahlabend kam für die Regierung das böse Erwachen. Für die verschiedenen Wahllisten wurden im Durchschnitt lediglich knapp ein Drittel der Stimmen abgegeben. Die als ungültig und – die aufgrund der Wahlpflicht – als Enthaltungen gekennzeichneten Stimmen betrug deutlich über 60 Prozent. Dies war die schwerste Abstimmungs-

niederlage für Morales in seiner Amtszeit. In den darauffolgenden Tagen erfolgte eine Bekanntgabe von neuen oder revidierten Ergebnissen durch die Wahlbehörden, die für die breite Mehrheit der Bevölkerung keinen Zweifel daran ließen, dass nun nachträglich Wahlbetrug erfolgte. Kritiker der Auszählung wurden mit der Androhung von Strafverfahren überzogen. Im Endergebnis überwogen bei den auf nationaler Ebene durchgeführten Wahlen nach wie vor die ungültigen Stimmen die gültigen. Die Stimmenthaltungen beliefen sich auf etwa ein Drittel der ungültigen Stimmen. Dennoch erklärte die Regierung diese Wahlen zu einem Meilenstein im *proceso de cambio*. Damit hat sie zwar vordergründig einen weiteren Etappensieg bei der Gleichschaltung der Staatsorgane erreicht. Die Regierung und die MAS zahlen hierfür jedoch einen hohen Preis. Es bleibt nicht bei dem Vorwurf parteipolitischer Instrumentalisierung und undemokratischen Verhaltens. Vielmehr wird weitergehend die Problematik Legalität versus Legitimität diskutiert. Und diese Diskussion hat die Regierung bereits am Wahlabend verloren.

Regierung ohne Agenda

Mit der Verabschiedung der neuen Verfassung im Januar 2009 trat die bolivianische Politik weitgehend in eine Phase des Stillstands. Die *agenda de octubre*, welche die erste Wahlperiode bestimmt hatte, war nach überwiegendem Verständnis abgearbeitet, wenngleich mit ambivalenten Ergebnissen und Perzeptionen. Die historische Mobilisierungskraft ihrer beiden zentralen Forderungen (neue Verfassung und Nationalisierung der Bodenschätze) war aufgebraucht, die Umsetzung zahlreicher Verfassungsaufträge wurde – verfassungswidrigerweise – bis nach den Regionalwahlen im Jahr 2010 aufgeschoben. Aber auch nach diesen Urnengängen zeigte sich, dass die Regierung zunehmend weniger in der Lage ist, ihre politischen Mehrheiten in die Regierungspraxis umzusetzen.

Entscheidend ist aber, dass eingestandenermaßen keine politische oder sozioökonomische Agenda besteht, die als Fortsetzung der *agenda de octubre* wirken könnte. Hinzu kommt, dass das Personalreservoir der MAS ausgeschöpft scheint, wie die letzten Kabinettsumbildungen gezeigt haben. Zudem hat die politische Auseinandersetzung wieder begonnen, sich stärker auf die Straße zu verlagern – als Folge einer von der Regierung mit

geweckten Erwartungshaltung vor allem sozioökonomischer Natur, der sie bisher nicht hinreichend gerecht werden konnte, als Folge aber auch eines erkennbaren Verlustes an Kommunikationsfähigkeit zu den sozialen Bewegungen und vor allem zu Teilen der *Indígenas*. In diesem Zusammenhang ist auch die an ihre Grenzen stoßende Bündnispolitik der MAS und der Regierung zu sehen. Die bisherige Form der Kooptation der indigenen und sozialen Bewegungen in das MAS-(Regierungs)system reicht zur Interessenformulierung und vor allem Interessenbündelung nicht mehr aus. Die Widerstände entwickeln sich daher prioritär aus dem eigentlichen Regierungslager und nicht länger aus gesellschaftlichen Segmenten heraus, die pauschal einer „rechten Opposition“ zuzuordnen waren.

Im Januar 2012 versuchte die Regierung, die Agendahoheit mittels eines *Encuentro Plurinacional* wieder zu erringen. Im Ergebnis sollen im laufenden Jahr rund 70 Gesetze verabschiedet werden. Die breite Anhängerschaft der MAS mobilisierende Themen fehlen weiterhin. Davon abgesehen wird ein derart ambitioniertes Arbeitsprogramm zu einer Situation führen, in der Sachdebatten weder gewünscht noch geführt werden, und das Parlament völlig überlastet sein wird. Allerdings ist abzusehen, dass die Regierung mittels spezifischer Gesetzesvorlagen, wie beispielsweise zur Regelung der Eigentumsverhältnisse in städtischen Gebieten (Boden, Immobilien), versuchen wird, radikalere Linien durchzusetzen, um Teile ihrer Anhängerschaft zu befriedigen. Charakteristisch ist, dass das voluminöse Gesetzgebungsprogramm in keiner Relation zur mangelhaften Implementierungskapazität des staatlichen Institutionengefüges steht.

Pluralistische Demokratie vs. politisch-autoritäres Hegemonieprojekt

Die Absicht der MAS, von Beginn an ein politisches Hegemonieprojekt zu implementieren, zählt in Bolivien zum diskursiven Gemeingut. Diese Tendenzen wurden in der ersten Regierungsperiode aufgrund der starken Polarisierung über mittlerweile entschiedene Grundsatzfragen überlagert. Vor diesem Hintergrund haben die Einschätzungen zur Qualität der bolivianischen Demokratie einen neuen Stellenwert erhalten. Festzustellen ist eine Verschlechterung bei der Demokratieperzeption. So fällt Bolivien im *Latinobarómetro* 2011 bei der Frage,

für wie demokratisch das Land gehalten wird, vom 16. auf den 18. von 19 Plätzen zurück. Die Zufriedenheit mit der Demokratie beträgt nur noch 28 Prozent (gegenüber 50 Prozent im Vergleich zum *Latinobarómetro* 2009), und nur 19 Prozent sind der Auffassung, dass sich die Demokratie verbessert habe.

Dabei verlaufen die Gräben darüber, wie die Funktionsweise der bolivianischen Demokratie zu bewerten ist, nicht mehr allein zwischen der Regierung Morales und der aus der ersten Regierungsperiode bekannten Opposition. Vielmehr hat der Kurs der Regierung, Staat und Gesellschaft gleichzuschalten, und alles, was diesem Kurs entgegensteht zu kriminalisieren, als politischen Verrat am Prozess der Neugründung des Landes zu brandmarken, Oppositionspolitiker und Amtsträger aus früheren Regierungen aus jedem noch so nichtigen bzw. erfundenen Anlass mit einem Prozess zu überziehen und dadurch ein Klima gesellschaftlicher Angst und eine Schweigespirale zu schaffen, zu Kritik aus sehr verschiedenen politischen Richtungen bis hin zu normalerweise eher unpolitischen Teilen der Gesellschaft geführt, die ein pluralistisches Demokratieverständnis einfordern. Dies schließt ehemalige Teile des organisierten MAS-Umfeldes mit ein und umfasst indigene Gruppierungen aus dem Hoch- wie aus dem Tiefland bis hin zu bislang regierungsfreundlichen Intellektuellen. So spricht ein Mitglied der Gruppe *Comuna* von einer „Monopolisierung des politischen Lebens“ um die MAS und der „Eliminierung des politischen Pluralismus und der Demokratie“ (Tapia 2011: 73). Tatsächlich macht es gerade die Vielgestaltigkeit der Kritik an den Hegemoniebestrebungen der MAS diesem zunehmend unmöglich, diese mittels einer Einordnung in das aus der ersten Regierungsperiode wirksame Schema von Reformbefürwortern und -gegnern zu entwerfen.

Opposition als Alternative?

Von Beginn der ersten MAS-Regierung an stimmte in etwa ein Drittel der Wähler gegen die Regierung Morales und ihre Vorhaben. Im Jahr 2011 zeigen die Ergebnisse der Kommunal- und Regionalwahlen, der Justizwahlen und einiger kommunaler Nachwahlen ein Anwachsen des elektoralen Gegengewichts zur MAS. Trotzdem wäre es ein Trugschluss, hinter der zunehmenden Ablehnung der Hegemoniepolitik der MAS eine organisatorisch und programmatisch vereinte Oppo-

sition zu sehen. Tatsächlich ist diese weiterhin stark zersplittert, auch wenn sie sich um die im Jahr 1999 gegründeten MSM und die im Jahr 2003 formierte UN (*Unidad Nacional*) konzentriert. Eine neue Opposition erwächst der Regierung zudem mit Teilen der traditionell mit der MAS verbündeten Hochlandorganisationen und (ländlichen) Gewerkschaften.

So berechtigt deren Kritik auch ist – sie reicht allein für die Sichtbarmachung einer regierungsfähigen Opposition nicht aus. Hierzu müssen weitergehende inhaltliche Vorstellungen entwickelt werden. Die zentrale Herausforderung der Opposition bewegt sich dabei zwischen zwei Polen. Weder kann es ein undifferenziertes „Weiter so“ geben, noch ist ein undifferenziertes „Zurück vor 2006“, dem Amtsantritt von Morales, möglich. Die politische Herkulesarbeit wird darin bestehen, zu definieren, worin einerseits die positiven und nicht mehr veränderbaren Entwicklungen nach dem Jahr 2006 bestehen, inwieweit andererseits erkennbare Fehlentwicklungen korrigiert werden müssen und worin weiterer Reformbedarf besteht. Mit anderen Worten: Bolivien benötigt einen neuen integrativen, nicht exkludierenden und pluralistischen Gesellschaftsvertrag.

Ausblick

Die „Neugründung Boliviens“ ist in Erweiterung der von Vizepräsident Linera definierten fünf Phasen in eine von ihren Protagonisten nicht vorhergesehene sechste Phase eingetreten: Die Phase der Ernüchterung über die Begrenztheit symbolischer Politik, verschärft durch den Überdruß und der Kritik an einem agendalosen, zunehmend autoritär agierenden Hegemonieprojekt. Gerade dies weckt zunehmend Widerstände nicht nur im traditionell regierungskritischen Lager, sondern auch im Lager (ehemals) Verbündeter. Dies hat zu neuartigen Konfliktkonstellationen geführt, die mit dem Verlust der Zweidrittelmehrheit der MAS im Parlament einherzugehen drohen und Bolivien in schwer zu bewältigende Unregierbarkeitsszenarien führen können.

Hinzu kommt: Boliviens politisches System hat sich im Kontext einer signifikanten Deinstitutionalisierung zunehmend um Präsident Morales, Tendenzen eines Personenkults mit inbegriffen, zentralisiert. Morales ist und bleibt der einzige Kohäsionsfaktor der MAS und der Regierung, und es

ist niemand ersichtlich, der ihn in den all damit verbundenen Dimensionen ersetzen könnte. Umso dramatischer ist für die MAS, dass diese Position von Morales nachhaltig beschädigt ist. Festzustellen ist ein seit Beginn seiner zweiten Amtsperiode anhaltender Vertrauens- und Akzeptanzverfall; Morales hat seit Januar 2010 50 Prozent seiner Zustimmung verloren und verfügt aktuell nur mehr über eine Zustimmungsrate von etwa 35 Prozent, was allgemein als der „harte Kern“ seiner Anhängerschaft interpretiert wird.

Daraus sind jedoch keine voreiligen Schlüsse zu ziehen. Morales ist mitnichten am Ende. Er stützt sich wesentlich auf die Überzeugung aller Seiten, dass in der aktuellen Lage ohne ihn das politische Chaos auszubrechen drohe. Die Opposition setzt daher auf den „demokratischen Verschleiß“ (*desgaste democrático*) der MAS-Regierung bis zu den Wahlen im Jahr 2014. Demgegenüber hofft das Regierungslager auf eine politische Erholung.

Diese Hoffnungen könnten sich angesichts der in den nächsten Jahren zu erwartenden Krisenszenarien als zeitlich begrenzt erweisen. Sollte die Regierung bis zum Jahr 2014 überstehen, ist davon auszugehen, dass Morales trotz anderweitiger Absprache im Kontext des Verfassungskompromisses 2008/2009 die neue Verfassung mit Hilfe des auf Linie gebrachten Verfassungsgerichts so auslegen wird, dass er für eine dritte Periode kandidieren kann. Darin liegt mithin die einzige Chance der MAS, an der Regierung zu bleiben. Hierfür genügen Morales 40 Prozent der Stimmen – bei einem Abstand zum nächstfolgenden Kandidaten von 10 Prozent. Dieses Ziel zu erreichen erscheint durchaus realistisch, da aktuell nicht davon auszugehen ist, dass sich die Opposition auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen kann. Dessen ungeachtet scheint der historisch begründete, symbolisch-messianische Gehalt des Neugründungsversprechens an das Ende seiner kohäsionierend-mobilisierenden Kraft gekommen. Morales und die MAS werden sich historisch nicht als erste Regierung eines neuen Bolivien, sondern als letzte Regierung einer langen Transitionsphase erweisen, in deren Anschluss sich das Land der Herausforderung einer tief greifenden Diskussion über einen neuen Gesellschaftsvertrag erst noch stellen muss.

Literatur

- Escóbar, Filemón (2008), *De la revolución al Pachakuti. El aprendizaje del respeto recíproco entre blancos e indios*, La Paz: Garza Azul.
- Jost, Stefan (2009), Das Verfassungsreferendum 2009 in Bolivien – Eine Analyse, in: *KAS-Auslandsinformationen*, 4, 108-122, online: <www.kas.de/wf/de/35.287/> (17.01.2012).
- Jost, Stefan (2008), *Bolivien: Politische Neugründung in der Sackgasse*, GIGA Focus Lateinamerika, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus-lateinamerika>.
- Jost, Stefan (2006a), *Bolivien nach dem politischen Erdbeben*, GIGA Focus Lateinamerika, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus-lateinamerika>.
- Jost, Stefan (2006b), Politisches System und Verfassungsentwicklung, in: Franziska Bopp und Georg Ismar (Hrsg.), *Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze*, Berlin: wvb, 111-150.
- Jost, Stefan (2006c), Die Wahlen vom 18. Dezember 2005 in Bolivien: Auftakt zur demokratischen Revolution?, in: Franziska Bopp und Georg Ismar (Hrsg.), *Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze*, Berlin: wvb, 211-245.
- Latinobarómetro* (2011), online: <www.latinobarometro.org/latino/latinobarometro.jsp> (26.01.2012).
- Lazarte, Jorge (2010), *Nuevos códigos de poder en Bolivia*, La Paz: Plural.
- Lazarte, Jorge (2008), *Derrumbe de la "res pública". Los procesos electorales en Bolivia: 2002, 2004 y 2005*, La Paz: Plural.
- Maihold, Günther (2006), Konfliktodynamiken und Handlungsoptionen in der Regierbarkeitskrise, in: Franziska Bopp und Georg Ismar (Hrsg.), *Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze*, Berlin: wvb, 79-109.
- Mirtenbaum, José (2009), Las características de los conflictos y pactos políticos en Bolivia 2006-2008. Una Mirada crítica, in: Gustavo Fernández u.a. (Hrsg.), *Conflictos. Una Mirada hacia el futuro*, La Paz: fBDM/FES, 207-264.
- Semanario Aquí (2011), *Manifiesto político per la reconducción. Por la recuperación del proceso de cambio para el pueblo y con el pueblo*, online: <<http://semanarioaqui.com/index.php/nuestra-tierra-2/131-manifiesto-politico-por-la-reconduccion>> (27.01.2012).
- Tapia, Luis (2011), *El estado de derecho como tiranía*, La Paz: Cides-Umsa.
- Zuber, Helene (1996), Traumland der Reformen, in: *Der Spiegel*, 4. November, online: <www.spiegel.de/spiegel/print/d-9114750.html> (05.02.2012).

■ Der Autor

Prof. Dr. Stefan Jost lehrt Politische Wissenschaften an der Universität Trier und ist seit dem Jahr 2009 Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kolumbien. Forschungsschwerpunkte: Demokratie- und Verfassungsentwicklung, Parteien und Außenpolitik Lateinamerikas; Länderschwerpunkte: Bolivien, Kolumbien und Chile.

E-Mail: <stefan.jost@kas.de>; Websites: <www.kas.de/kolumbien>, <www.uni-trier.de/index.php?id=34509>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Wissenschaftler am GIGA untersuchen im Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ die Bedingungen, unter denen die Ausweitung politischer Partizipation korporatistische Praktiken und populistische Regime mit autoritären Zügen unterstützt. Sie fragen dabei auch nach dem Einfluss von Rechtsnormen auf die Durchführung der Konsultationsverfahren mit indigenen Gemeinschaften in Lateinamerika. Ergänzend hierzu gehen Mitarbeiter am GIGA im Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ der Frage nach, unter welchen Bedingungen die Produktion natürlicher Ressourcen als Machtressource der politischen Stabilität dient.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Barrera, Anna (2011), *Turning Legal Pluralism into State-Sanctioned Law: Assessing the Implications of the New Constitutions and Laws in Bolivia and Ecuador*, GIGA Working Papers, 176, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Buitrago, Miguel A. (2010), *Bolivien hat gewählt: Absolute Macht für Evo Morales?*, GIGA Focus Lateinamerika, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

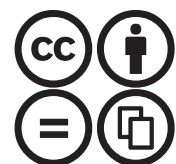
Schilling-Vacaflor, Almut (2012a), *Bolivia's New Constitution: Towards Participatory Democracy and Political Pluralism?*, in: *European Review of Latin American and Caribbean Studies* (im Erscheinen).

Schilling-Vacaflor, Almut (2012b), *Democratizing Resource Governance through Prior Consultations? Lessons from Bolivia's Hydrocarbon Sector*, GIGA Working Papers, 184, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Schilling-Vacaflor, Almut (2010), *Recht als unkämpftes Terrain. Die neue Verfassung und indigene Völker in Bolivien*, Baden-Baden: Nomos.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere die korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Michael Radseck; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes
Lektorat: Petra Brandt; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM